199

Kölnische Zeitung

29./III. 1919

Die Forderungen der Beamtenschaft.

♀ **Berlin**, 29. März. (Telegr.) Der Deutsche Beamtenbund beschäftigte sich in einer stark besuchten Beamtenversammlung mit den an die Gesetzgebung zu stellenden Forderungen zur Sicherung der Grundrechte der Beamten. Über die Grundrechte der Beamtenschaft in der Reichs- und Staatsverfassung sprach der Bundesdirektor Falkenberg. Nachdem die Mitglieder der preußischen Nationalversammlung Ölze und Ebersbach von der Deutschnationalen Volkspartei und Müller von den Mehrheitssozialisten und Hösle von den Demokraten sich rückhaltlos für die Forderungen des Bundes ausgesprochen hatten, stimmte die Versammlung nach einer weitern Aussprache einer Entschließung zu, in der es heißt: „Die versammelten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten verlangen, daß die Beibehaltung eines Berufsbeamtentums mit dem Recht auf lebenslängliche Anstellung, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung durch Gewährleistung der Verläßlichkeit und der Unparteilichkeit in der öffentlichen Verwaltung durch die Aufnahme von entsprechenden Bestimmungen in die Verfassung des Reichs und der Gliedstaaten sichergestellt werden. Sie fordern, daß die gemeinsamen Grundsätze eines einheitlichen deutschen Beamtenrechts in der Reichsverfassung festgelegt werden."